

**FRAKTION
DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION
IM STADTRAT ZU NÜRNBERG**



CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

per Fax ✓

RWA

OBERBÜRGERMEISTER		
17. OKT. 2012 / Nr.		
VII	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
2. BM IV/VI	2 z. M. V.	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen
RA/KVB	<input checked="" type="checkbox"/>	5 Antwort zur Unte- schrift vorlegen

fm

Wolff'scher Bau des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 - 2907
Telefax: 09 11 / 231 - 4051
E-Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

mk / 16. Oktober 2012
Krieglstein

40 Jahre Eingemeindung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in diesem Jahr begehen wir das 40-jährige Jubiläum der Gebietsreform in Bayern. Am 1. Juli 1972 wurden die ehemals eigenständigen Gemeinden Boxdorf, Brunn, Fischbach, Großgründlach, Katzwang, Kornburg, Neunhof und Worzeldorf zur Stadt Nürnberg eingemeindet. Dies war der Tag, an dem Nürnbergs Stadtgebiet um ein Drittel wuchs, 34.808 Neubürger kamen aus den umliegenden Gemeinden hinzu. Nürnbergs Einwohnerzahl stieg auf den voraussichtlich erst wieder in diesem Jahr erreichten Höchststand von 515.000.

In der Rückschau fühlten sich die Menschen von der Gebietsreform vielerorts überrollt und protestierten gegen den von vielen als Zwangsmaßnahme empfundenen Strukturwandel. Die Stimmung war gegen die Eingemeindung, dies berichten noch heute ehemalige Gemeinderatsmitglieder. So sprachen sich damals z.B. in einer Umfrage der CSU in Katzwang 95% gegen die Eingemeindung aus. In Fischbach wurde sogar vor dem Verwaltungsgerichtshof gegen die Entscheidung geklagt, letztlich erfolglos. Der damalige Bürgermeister der Stadt Nürnberg, Willy Pröbß, legte großen Wert darauf, dafür zu sorgen, dass die kleinen Gemeinden „nicht zum Hinterhof einer glänzenden Stadtfassade werden“. Es wurden Ortsbeiräte gewählt, die über die Belange der ehemaligen Gemeinden abstimmten, und das Vermögen der Gemeinden sollte vor Ort investiert werden. Dies wurde auch so in den Eingemeindungsverträgen festgehalten.

Für die Stadt Nürnberg stieg nicht nur die Bevölkerungszahl deutlich an, sondern es stand auch ein höheres Steueraufkommen zu Verfügung. Dies war zugleich Verpflichtung, sich um den Unterhalt der öffentlichen Infrastruktur wie Straßen und Schulen, aber auch um die kulturellen und damit identitätsstiftenden Einrichtungen nachhaltig zu kümmern.

Heute befindet sich die Verkehrsinfrastruktur gerade im Süden der Stadt noch auf dem Stand von 1972, etwaige Planungen wurden bisher nicht realisiert, z.B. B2a. Einige Stadtteile wie Kornburg wurden nicht auf den Telefonknoten 0911 umgestellt, so dass sich bis heute Probleme wie das Fehlen eines schnellen Breitbandinternetzugangs stellen.

Der Wunsch vieler Menschen vor Ort ist nach wie vor, dass die Ortskerne als Lebensmittelpunkt, als Heimat und als Ort der lokalen Identität dienen. Dies wäre die Möglichkeit, lokale Traditionen weiterzuleben.

Als negative Beispiele können hier der Ortskern von Kornburg oder die Renovierung des Hammerstegs in Katzwang genannt werden. Vielerorts wurden durch die Stadtverwaltung keine erkennbaren Maßnahmen eingeleitet, um die eingemeindeten Ortskerne stadtplanerisch weiterzuentwickeln. Der Stadtverwaltung fehlte es bisher offensichtlich an Ideen, die zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Wohnraumqualität in den Ortskernen führen.

Die CSU-Stadtratsfraktion deshalb zur Behandlung im dafür zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

Die Verwaltung berichtet über 40 Jahre Gebietsreform in Nürnberg:

- Hierzu wird die Erfüllung der Verpflichtungen aus den Eingemeindungsverträgen geprüft und dargestellt und auf notwendige, noch bestehende Handlungsfelder eingegangen.
- Die Verwaltung geht auf die sicherlich positive Entwicklung der Bürgerämter ein, stellt aber auch Defizite im Bürgerservice dar.
- Die Verwaltung prüft, inwieweit Maßnahmen zur Verschönerung des Ortsbildes und zur Neugestaltung der alten Dorfplätze und ehemaligen Verwaltungsgebäude realisiert werden können. Zudem wird geprüft, wie die Wohnraumqualität verbessert werden kann (z.B. durch Fördermittel) und eine Nahversorgung für den täglichen Bedarf der Bürger gewährleistet ist.
- Die Verwaltung prüft Maßnahmen zur verkehrlichen Entlastung der stark befahrenen südlichen Ortsteile, aber auch eine Realisierung der Ortsumgehung für Fischbach. Zudem werden auch Maßnahmen zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung dargestellt und eingeleitet. Für die bessere Erschließung des Knoblauchslandes ist eine Konzeption für den Bus (unabhängig von der Stadtbahn) zu entwickeln.
- Die Verwaltung berichtet über die Situation der Freiwilligen Feuerwehren und der Entwicklung der jährlichen Kirchweihen.
- Die Verwaltung stellt die Entwicklung der Freizeitinfrastruktur (Schwimmbäder, Sportplätze, Kultureinrichtungen, Räumlichkeiten für Vereine) dar. Welche Infrastrukturinvestitionen sind in den nächsten Jahren für die eingemeindeten Stadtteile zu erwarten?

Mit freundlichen Grüßen


Sebastian Brehm
Fraktionsvorsitzender